



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Perspektive für Grenzregionen eröffnen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Dialog mit dem Bund und den angrenzenden Staaten,

- unverzüglich einen Stufenplan zu erarbeiten, mit dem Ziel, die Ein- und Ausreisebeschränkungen sowie Einreise-Quarantänemaßnahmen unter Berücksichtigung des Infektionsschutzes abzubauen,
- zügig Erleichterungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Grenzregionen beim Grenzübertritt zwischen Deutschland und unseren europäischen Nachbarn zu erreichen,
- eine Taskforce für jede Grenzregion – bestehend aus dem Bund, dem Freistaat, den angrenzenden Staaten und Mitgliedern betroffener lokaler Gebietskörperschaften – zu bilden, um Maßnahmen zu Ein- und Ausreisebeschränkung sowie Quarantäne zu koordinieren und mit Blick auf das Infektionsgeschehen zu evaluieren,
- eine klare Kommunikation der geltenden Regelungen zum Grenzübertritt einzufordern.

### Begründung:

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union sind dramatisch. Auch in Zeiten der Krise muss unter Wahrung des Infektionsschutzes der Grenzübertritt innerhalb eines vereinten Europas möglich sein. Die Grenzsicherungen als Mittel zur Eindämmung der Pandemie für einen kurzen Zeitraum waren sicherlich sinnvoll, eine langanhaltende Schließung aller Grenzen ohne handfesten Plan zur erneuten Öffnung ist aber nicht hinnehmbar. Das Virus selbst orientiert sich nicht an Staatsgrenzen. Vielmehr sind regional angemessene Maßnahmen ggf. auch grenzüberschreitend zur Eindämmung des Virus zu treffen.

Europa zeichnet sich unter anderem durch seine über die einzelnen Mitgliedstaaten hinausgehende Freiheit aus. Insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner der Grenzregionen gehört das Überqueren der Grenze zur Lebensrealität. Trotzdem ist der Besuch der unverheirateten Partnerin oder des unverheirateten Partners in Deutschland noch immer kein triftiger Einreisegrund. Die zu Beginn der Krise getroffenen unkoordinierten Ein- und Ausreisebeschränkungen sind an der Lebensrealität vieler Menschen in den Grenzregionen vorbeigegangen und haben eingespielte grenzübergreifende Regionen förmlich auseinandergerissen.

Im Gegensatz zur Schließung der Grenzen sollte deren Öffnung nun koordiniert ablaufen und gut kommuniziert werden. Hierzu wird die Einrichtung einer Taskforce für jede

Grenzregion unter Beteiligung des Bundes, der Nachbarstaaten und betroffener Gebietskörperschaften vorgeschlagen. So sollen die Kompetenzen des Bundes und der Nachbarstaaten für Grenzfragen, des Landes für Quarantänefragen und der betroffenen Gebietskörperschaften als Vermittler der grenzüberschreitenden Lebensrealitäten zusammengebracht werden. Auch mit Blick auf eine mögliche zweite Ausbreitungswelle würden solche Strukturen ein koordiniertes Vorgehen erheblich vereinfachen. Sie können dabei auf bereits etablierten Kontakten und grenzübergreifenden Kooperationen aufsetzen.

Neben der Koordination ist die klare Kommunikation der geltenden Regelungen unerlässlich. In der vergangenen Woche wurden teilweise mehrfach täglich die geltenden Regelungen zum Grenzübertritt auf der Internetpräsenz der Bundespolizei abgeändert. Dies hat sowohl bei Bürgerinnen und Bürgern, als auch bei den Polizistinnen und Polizisten vor Ort für viel Verwirrung und Frustration gesorgt. Betroffen waren hierbei insbesondere Passagen zum Besuch von minderjährigen Kindern sowie Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern, die zuvor bis zu sechs Wochen keinen persönlichen Kontakt zueinander hatten. Hier muss der Freistaat beim Bund eine klare und unmissverständliche sowie verlässliche Kommunikation einfordern.

Deutschland liegt im Herzen Europas und gerade in Zeiten der Krise ist die Einigkeit und Solidarität innerhalb der Europäischen Union besonders wichtig. Dazu zählt auch, seine Grenzen nur in dem Maße zu schließen, wie es für den Infektionsschutz unabdingbar ist.